



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 25 der Tagesordnung: Abschließender Beschluss des Teil-Flächennutzungsplanes Windenergie des NVK - Abstimmungsverhalten der Stadt Karlsruhe **Vorlage: 2019/0156**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Planungsausschuss dem sachlichen Teil-Flächennutzungsplan Windenergie zu und beauftragt den Oberbürgermeister, in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe der Vorlage zum abschließenden Beschluss zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 29 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss:

Sie kennen das Hin und Her, das diese Erarbeitung des Nachbarschaftsverbandes genommen hat. Wir haben versucht, gemeinsam in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium, einen Teil-Flächennutzungsplan zu finden, dem alle Gemeinden in unserem Verbreitungsgebiet des Nachbarschaftsverbandes zustimmen können. Wir werden jetzt mit dem, was hier vorliegt, auf eine mögliche divergierende Abstimmung, oder die Voraussetzungen sind auch schon entsprechend getroffen, zur Gemeinde Ettlingen treten. Dieses wird aber nicht als feindliche Mehrheit empfunden werden, weil im Vorfeld – wie gesagt – alles versucht wurde, das abzuwenden. Auf der anderen Seite kann ich Ihnen dringend empfehlen, dass wir das jetzt so zum Abschluss bringen, damit wir überhaupt einen entsprechenden Flächennutzungsplan bekommen. Denn sonst könnte jeder an jeder Stelle versuchen, eine entsprechende Windanlage aufzustellen, auch an vielen Stellen, die völlig ungeeignet sind. Hier können wir ein Stück weit die Vorkehrungen treffen, indem wir substantiell Gebiete ausweisen, wo so etwas möglich ist.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Diese Vorlage hat eine ziemliche Historie. Erst wurde nur ein einziges Gebiet ausgewiesen. Da haben wir vorhergesagt, das wird nicht genehmigt vom Regierungspräsidium, weil der Windkraft nicht genügend Raum gelassen wird. Genauso ist es auch gekommen. Dann hat die Mehrheit des NVK beschlossen, es sollen jetzt auch weniger windhöffige Gebiete miteinbezogen werden in die Suche. Wir sind ohnehin ein Schwachwindgebiet. Wenn dann auch noch die weniger windhöffigen Gebiete genommen werden, dann sind das die Gebiete, wo niemand ein Windrad hinbauen wird, weil es sich einfach nicht lohnt. Dadurch, dass solche Gebiete jetzt dazu genommen wurden, hat man formal die Bedingung erfüllt, dass man mehr Gebiete ausweist. Das Regierungspräsidium hat schon zugesagt, dass es das akzeptieren wird. Rechtlich mag das so in Ordnung sein, faktisch ist es aber wieder eine Verhinderung von Windrädern. Deshalb können wir dieser Vorlage überhaupt nicht zustimmen. Sinnvoll und besser wäre es, im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, tatsächlich keine solche Gebietsausweisung zu machen, das heißt, es gelten die normalen rechtlichen Bedingungen. Dann wird im Einzelfall entschieden, ob ein Windrad gebaut werden darf nach Rechtslage. So schlimm ist die Rechtslage nicht, dass nun die Katastrophe passieren würde. Aber es wäre in dem Sinne, dass dann mehr Windräder möglich wären.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Im Gegensatz zum Kollegen Honné sehen wir in der Vorlage schon ein wegweisendes Zeichen, die Windenergie in den Möglichkeiten, die die Topografie in unserer Region bietet, voranzutreiben. Für mich zeigt sich hier wieder die Widersprüchlichkeit der GRÜNEN. Im Nachbarschaftsverband wird so gesprochen, hier wird anders gesprochen. Bleiben Sie einmal bei einer Linie. Die Windenergie hat hier eine Chance. Wir sind eben nicht der Hochschwarzwald, in dem man eine andere Topografie hat und andere Möglichkeiten bestehen. Das sind die Möglichkeiten, die wir haben. Da kann man jetzt endlich einmal einen Knopf dran machen. Wer Interesse hat, kann das Thema Windenergie hier im Nachbarschaftsverband spielen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das einzig Richtig, was Sie gesagt haben, Herr Kollege, ist, dass wir hier ein Gebiet sind, das zu wenig Windhöffigkeit hat. Das gilt für unser gesamtes Planungsgebiet. Umso unverständlicher ist, warum Sie es jetzt noch mit Ihrem Antrag definieren wollen, als ein Gebiet, wo es Wind haben soll. Das ist einfach nur eine grüne Illusion, die Sie hier verkaufen wollen. Wir haben, wie Herr Kollege Dr. Fechler zu Recht sagt, keine Eignung für Windenergie. Dabei bleibt es.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch KULT sieht diese Planung größtenteils als Verhinderungsplanung, die verhindert, dass man bei Gebieten, wo es sinnvoll wäre, über Windanlagen nachdenkt, weil sie nicht windhöffig sind. Aber es gibt die Abstandsregeln entsprechend dieser Planung. Wenn man es auf das Gesetzliche beschränken würde und jeden Standort dann im Zweifelsfall einzeln prüft, gäbe es mehr Möglichkeiten zur Windkraftentwicklung in der Region. Deswegen werden wir ablehnen.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir wollen der Vorlage zustimmen. Denn wir brauchen hier keinen Wildwuchs. Wir müssen sehen, dass wir jetzt deutlich weiterkommen.

Stadtrat Wenzel (FW): Auch ich stimme dieser Vorlage zu. Endlich haben wir einen Knopf dran. Es wundert mich schon, einerseits werden Gewerbegebiete herausgenommen, andererseits will man einen Freibrief für Windkraftanlagen, wo sie auch keinen Sinn machen. Deshalb: Gute Vorlage, meine Zustimmung.

Stadtrat Schmitt (pl): Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass sich die Freunde der Windkraft in diesem Hause darüber freuen, dass es nach jahrelangem Bemühen nun endlich gelungen ist, in der Gegend um Karlsruhe drei neue Standorte für Windräder auszuweisen. Das war überraschend. Überraschend ist aber nicht, dass aus der Beschlussvorlage hervorgeht, dass man sich ganz besonders darüber freut, dass diese Standorte nicht auf Karlsruher Gemarkung liegen. Schließlich haben wir schon unsere Windräder auf dem Müllberg. Mir scheint, man ist froh darüber, dass dieses Thema zumindest für den Nachbarschaftsverband und auch für Karlsruhe nun endlich vom Tisch ist. Euphorie sieht allerdings anders aus. Aber das ist nicht nur bei uns so. Laut der Fachagentur für Windenergie an Land vom April 2019 ist die Zahl der in Deutschland im ersten Quartal dieses Jahres in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen gegenüber den Vorjahren um 90 % zurückgegangen. Deutschlandweit wurden im ersten Quartal 2019 nur noch 41 Anlagen in Betrieb genommen, in Baden-Württemberg gar keine. Es scheint, die Spargelparty geht zu Ende. Ursache dafür ist laut dem Bundesverband Windenergie die Tatsache, dass inzwischen gegen vier von fünf genehmigten Anlagen geklagt wird. Grund hierfür seien oft Natur- und Artenschutzbelange, sowie Bürger, die sich beeinträchtigt fühlen. Dazu kommt, dass das Genehmigungsrecht in Baden-Württemberg offenbar gegen Regelungen im Bund verstößt. So kassierte das Verwaltungsgericht Freiburg im Februar wesentliche Teile der zentralen Verwaltungsvorschrift zum Bau von Windrädern.

Aber wie wir in Karlsruhe sehen, gibt es auch noch einen anderen Grund. Damit sind wir wieder bei unseren Windrädern auf dem Müllberg. Wie wir alle wissen, wurde die Anlage gebaut und betrieben von dem ehemaligen SPD-Mitglied Thomas Müllerschön. Das erforderliche Re-Powering wollte Herr Müllerschön ursprünglich auch finanzieren. Als dann der SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Subvention für die Windkraft gekürzt hat, ist nach meinen Informationen Herr Müllerschön unter Protest aus der SPD ausgetreten und hat die Finanzierung des Re-Powering abgelehnt. Anschließend haben die Stadtwerke Karlsruhe das zukünftige Verlustgeschäft übernommen. Was lernen wir daraus? Windräder sind offensichtlich nur rentabel, wenn sie hochsubventioniert werden. Im Interesse von Rotmilanen, Störchen und Greifvögeln, die bevorzugt von diesen Anlagen geschreddert werden, kann man nur hoffen, dass noch mehr Investoren merken, dass diese Anlagen nicht nur Vögel schreddern, die unter Naturschutz stehen, sondern auch ihr Kapital. Deswegen werde ich gegen diesen Antrag stimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Weitgehend kann ich mich Stefan Schmitt und seinen Ausführungen anschließen. Wir von der AfD sind gegen die Windkraft, gerade weil sie Tiere tötet, nicht nur Vögel, sondern auch Fledermäuse und sehr viele Insekten. Sie hat sehr viele negative Auswirkungen. Es wird von den GRÜNEN, die sonst immer dafür sind, diese Tiere zu schützen, gerne beiseite gewischt. Aber das muss man einfach mit einbeziehen in die Analyse. Dazu kommt, dass sich Windkraft nur lohnt, wenn die Subventionen hoch genug sind. Es ist schön, dass die Diskussion über diese Gebiete so lang gedauert hat. Denn in der Zwischenzeit wurden die Subventionen immer weiter abgeschmolzen. Das ist gut für die Bürger, denn sie müssen sie nicht bezahlen. Es ist auch gut für die Bürger, weil dadurch weniger Windkraftanlagen gebaut werden, die sich auch nur rentieren würden, gerade wegen dieser Subventionen.

Aus unserer Sicht ist die Vorlage trotzdem abzulehnen, weil die Windhöffigkeit hier in dieser Region so schlecht ist, dass selbst die ausgewiesenen Gebiete aus unserer Sicht dort nicht draufgehören. Deswegen werden wir dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Es ist schon einmal spannend, dass eine Seite des Hauses sagt, es sei eine Verhinderungsvorlage, und die andere Seite sagt, es ist eine zu große Ermöglichungsvorlage. Das stelle ich jetzt erst einmal fest. Dann liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Dann ist die Vorlage besser als ihr Ruf.

Ich möchte trotzdem noch zwei Dinge feststellen. Es hat bei der Erarbeitung dieser Vorlage nie das Ziel gegeben, keine Windanlagen in Karlsruhe zu bauen. Ich hätte mich für jede Windanlage, egal wo, auch in den Höhenstadtteilen, positiv verkämpft, wenn es eine realistische Chance gäbe, sie vor Ort umzusetzen, und zwar nicht, weil da die Bürgerproteste sind, sondern weil es von den Abstandsflächen, vom Naturschutz, vom Artenschutz einfach nicht funktionieren kann. Deswegen, Herr Stadtrat Honné, sind genau die Erkenntnisse des Menschenschutzes und die Erkenntnisse des Arten- und Naturschutzes eingeflossen. Trotzdem erfüllen wir insofern eine gewisse Verpflichtung, am Ende überhaupt noch substantiell Gebiete zur Verfügung zu stellen. Aber selbst bei diesen Gebieten – darauf hatten Sie hingewiesen – ist die Windhöffigkeit dann ein Investitionsproblem. Insofern ist es auch keine Einladung, dass da jetzt jemand einsteigen wird. Aber es ist eine Reduzierung auf die Flächen, die überhaupt realistisch sind. Realistisch in der Annahme, dass man trotz der relativ niedrigen Höffigkeit hier gegebenenfalls doch in ein solches Invest einsteigt.

Das Zweite ist, es ging nie darum, in Karlsruhe nicht etwas zu machen. Wir haben hier einfach keine Flächen gefunden. Darüber hinaus ist es auch keine Verhinderung sondern ein Hinweis darauf, wo so etwas grundsätzlich sinnvoll und auch möglich ist. Bei allen Einschränkungen, die zur Windhöffigkeit allgemein hier richtigerweise gesagt wurden.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine große Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
18. Juni 2019